

EU-Agrarsubventionen: Länder verheimlichen die meisten Großempfänger

Seehofer blockiert weiterhin Agrarreform

Berlin, 16. Januar 2008: Obwohl Mecklenburg-Vorpommern auf Drängen der Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen erstmals einige Subventionsempfänger offengelegt hat, bleiben viele Großbezieher unter Berufung auf den Datenschutz vorerst noch anonym: Allein von den 13 Spitzenempfängern, die 2006 mehr als eine Million Euro je Betrieb an Direktzahlungen erhielten, bleiben elf auf eigenen Wunsch hin ungenannt.

Auf Anfragen der Transparenzinitiative, wie die EU-Subventionen verwendet würden, antworteten zahlreiche Bundesländer gar nicht bzw. nur mit anonymisierten Daten. „Die Regierungen von Bund und Ländern decken die wenigen Großverdiener, die vom derzeitigen Brüsseler System profitieren“, so Marita Wiggerthale von Oxfam. „Ziel der Verschleierung ist es, die Pläne der EU-Kommission zur Umverteilung der Agrargelder zu blockieren.“ Brüssel hatte vorgeschlagen, die Subventionen an Großempfänger schrittweise zu kürzen.

Nach Recherchen der Transparenzinitiative zählen zu den anonymen Spitzenverdienern in Mecklenburg-Vorpommern Angehörige großer Konzerne wie zum Beispiel des Müll-Unternehmens Rethmann. Martin Rethmann bewirtschaftet dort rund 7.000 Hektar. In Brandenburg kassiert der Möbelfabrikant Steinhoff 1,65 Millionen Euro über zwei Agrarbetriebe. In Nordrhein-Westfalen zählen der Stromgigant RWE sowie ein Kälbermäster aus Bocholt mit riesigen Ställen für 24.000 Kälber zu den größten EU-Subventionsempfängern.

„Agrarsubventionen müssen an die Bauern gehen und dürfen nicht dazu dienen, die Profite von Großkonzernen zu erhöhen“ so Martin Hofstetter, Landwirtschaftsexperte von Greenpeace. „Nach unseren Recherchen sind in den vergangenen Jahren immer mehr branchenfremde Industrieunternehmen in die ostdeutsche Landwirtschaft eingestiegen. Mit den Agrarsubventionen steigern sie ihre Gewinne auf Kosten der Steuerzahler.“

„Die Verteilung der Subventionen muss an klare ökologische und soziale Kriterien gebunden werden, um derartigen Missbrauch zu verhindern“, so Reinhild Benning vom BUND. Im Jahr 2009 müssen die Direktzahlungen EU-weit ohnehin offengelegt werden. „Mit ihrer Verweigerungshaltung hoffen Seehofer und die Länder, die Daten solange geheim halten zu können, bis die politische Entscheidung über die Verwendung der EU-Gelder gefallen ist.“

Die Transparenzinitiative kritisierte zudem das Vorgehen des Agrarministeriums Brandenburgs. Dort lägen offensichtlich Zahlen zur Mitarbeiterzahl der 100 größten Subventionsempfänger vor, sie würden aber nicht herausgegeben. „Wer mit einem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen gegen die gerechtere Verteilung der Agrarbeihilfen argumentiert, der muss auch offenlegen, um wie viele Arbeitsplätze es bei den betroffenen Betrieben denn tatsächlich geht“, so Ulrich Jasper von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Die Transparenzinitiative aus 36 Nichtregierungsorganisationen fordert von Bund und Ländern die sofortige Offenlegung aller EU-Agrarsubventionen. Verbraucherminister Seehofer müsse seine Blockade gegen die EU-Reformvorschläge aufgeben und endlich für eine gerechte Verteilung der Fördergelder eintreten. Das Hintergrundpapier „Wer profitiert – neue Beispiele“ und die Subventionsempfänger aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen können heruntergeladen werden unter: www.wer-profitiert.de.

Für weitere Infos wenden Sie sich bitte an:

Marita Wiggerthale, Oxfam Deutschland, mwiggerthale@oxfam.de, Tel.: 0162-138 63 21,

Martin Hofstetter, Greenpeace, Martin.Hofstetter@greenpeace.de, Tel.: 0171-8706645

Reinhild Benning, BUND, reinhild.benning@bund.net, Tel.: 0176-65098341

Ulrich Jasper, AbL, jasper@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053171